Nr. 141

DAS ROTE TUCH

BUND REVOLUTIONÄRER ARBEITER

16. April 2021
Preis: 0,50 €

Internationalistische Kommunistische Vereinigung (trotzkistisch)

Mitten in der Pandemie: Das Großkapital bereichert sich wie noch nie

Während die Bevölkerungen weltweit unter der Pandemie mit all ihren verheerenden Folgen leiden, haben die 2.365 Milliardäre der Welt ihr Vermögen um satte 54% gesteigert. Diese kleine Minderheit großer Kapitalisten – die Großaktionäre der Industrie, der Banken, der Lebensmittel-, Bau- und Pharmakonzerne – haben sich seit März 2020 um unfassbare 4.000 Milliarden Dollar bereichert.
In derselben Zeit haben die Lohnabhängigen weltweit fast exakt die gleiche Summe, 3.700 Milliarden Dollar, verloren. Die für uns Arbeitende lebenswichtigen Einkommen, die uns durch Entlassungen, Lohnkürzungen und Kurzarbeit geraubt wurden, sind also direkt auf die Konten des Großkapitals geflossen!

Diese Zahlen, die die Börsennachrichten der ARD am 7. April veröffentlicht haben, machen eines ganz deutlich: Wenn auch einzelne Branchen von der Pandemie getroffen werden, so hat die große Mehrheit das Virus als Vorwand genutzt, um uns anzugreifen: Um Löhne einzufrieren oder gar zu senken. Und um noch mehr von uns, allen voran die Leiharbeiter*innen, zu entlassen und noch mehr Arbeit aus noch weniger Arbeitenden herauszupressen.
Wie viele verlieren gerade ihre Arbeit – während die übrigen am Ende der Schicht noch kaputter sind als vorher!

Letztes Jahr wurden weniger Autos hergestellt als sonst. Doch wurde dies genutzt, um das Arbeitstempo zu verlangsamen? Um den Kolleg*innen, die den ganzen Tag mit Maske arbeiten müssen, zusätzliche Erholungspausen zu ermöglichen? Hat man das Fließband langsamer gestellt, damit die Arbeitenden nicht eng neben- und sogar übereinander arbeiten müssen – mit entsprechend hoher Ansteckungsgefahr?

Das Gegenteil ist der Fall! Die Auto- und Zuliefererfirmen haben fast alle Leiharbeiter*innen und auch Festangestellte entlassen und schicken immer wieder Arbeitende für einzelne Tage in Kurzarbeit – während alle anderen an den Fließbändern, den Maschinen und in den Büros noch mehr ausgelaugt werden als vorher.
Genau dasselbe hat die Metallindustrie in der Finanzkrise von 2008 gemacht: Sie hat die Kurzarbeit genutzt, um auszuprobieren, mit wie wenig Leuten die Arbeit noch irgendwie zu schaffen ist. Und dann hat sie entsprechend viele entlassen und alle anderen dauerhaft mehr arbeiten lassen.

Mit diesen Methoden haben es VW, Daimler und BMW auch diesmal geschafft, mitten in der Pandemie 16,6 Milliarden Euro Gewinn zu machen und mehrere Milliarden Euro Dividende allein an die Familien Quandt, Klatten und Porsche-Piëch auszuzahlen. Während im gleichen Zeitraum 20.000 Arbeitende von diesen drei Konzernen in die Arbeitslosigkeit gestoßen wurden!

Die Metallindustrie ist keine Ausnahme. Fast überall haben sich die Arbeitsbedingungen im letzten Jahr weiter verschlechtert. Da sind nicht nur das Arbeiten mit Maske, geschlossene Kantinen, versetzte Arbeitszeiten und andere durch die Pandemie bedingte Erschwernisse, für die es keinerlei Ausgleich gibt. In zahllosen Betrieben wurde uns obendrein noch mehr Arbeit aufgezwungen – bei gleichzeitig stagnierenden oder sogar sinkenden Löhnen.

Bei großen Einzelhandelsketten wie Ikea war das „Click und Collect“ so erfolgreich, dass die Manager es weiter angeboten haben, als die Läden wieder geöffnet waren – natürlich ohne dafür jemanden zusätzlich einzustellen. Die Verkäufer*innen müssen nicht nur die Kunden bedienen, sondern gleichzeitig durch den Laden rennen und Online bestellte Warenkörbe zusammenstellen.
Ganz zu schweigen von den Paketzusteller*innen bei DHL oder Amazon, deren Arbeitstage seit dem Boom des Online-Handels gar nicht mehr enden – und das (oft nicht mal) zum Mindestlohn.

Und in den Krankenhäusern und Pflegeheimen? Wurde da in der Pandemie auch nur eine zusätzliche Pflegekraft oder Reinigungskraft eingestellt? Im Gegenteil! Die Beschäftigten müssen diese Extremsituation sogar mit 9.000 Pflegekräften WENIGER als noch vor einem Jahr bewältigen!
Viele gehen regelrecht am Stock, während das öffentliche Geld, das für Einstellungen in Krankenhäusern oder Kitas genutzt werden könnte, in „Konjunkturpakete“ fließt, deren Milliarden auf den Konten der Konzerne landen.

Niemand von uns steht alleine da. Wir sind dutzende Millionen, die ähnliches erleben. Wir alle sind Opfer des gleichen Klassenkampfes, den die kapitalistische Klasse gegen uns führt – entschlossen, sich in der Krise noch mehr zu bereichern als zuvor.

Doch wir müssen keine Opfer bleiben. Um unsere Haut zu verteidigen, können und müssen wir Arbeitende ebenfalls den Kampf aufnehmen. Und dabei haben wir eine große Stärke. Wir sind viele. Und wir haben alle die gleichen grundlegenden Interessen, die uns vereinen. Wir alle brauchen einen Arbeitsplatz mit Arbeitsbedingungen, die uns nicht kaputt machen und einem Lohn, von dem wir vernünftig leben können.

Zu kämpfen scheint heute weit weg und schwer vorstellbar. Viele von uns haben noch keinen Streik erlebt, kennen nur die Vereinzelung im Betrieb, während die Bosse so stark und mächtig scheinen. Doch ihre ganze Stärke und ihr ganzer Reichtum beruht auf unserer Arbeit, auf unserer Ausbeutung. Das ist ihre Achillesferse. Ohne uns sind sie Nichts.

Und an dem Tag, an dem die ersten von uns den Kampf wieder aufnehmen, werden wir merken, dass wir Arbeitenden viel stärker und wichtiger sind als diese kleine Minderheit von Parasiten – und dass wir der Gesellschaft eine viel bessere Zukunft zu bieten haben.

Nordirland: Der Brexit entzündet wieder das Pulverfass

*Es folgt ein übersetzter Artikel unserer französischen Genoss*innen von Lutte Ouvrière in ihrer gleichnamigen Zeitung vom 14. April 2021.*

Am Osterwochenende und in der ganzen Woche darauf kam es in den protestantischen Vierteln Nordirlands jede Nacht zu Unruhen – vor allem seitens junger „Unionisten“, die für den Verbleib Nordirlands im britischen Königreich sind. Mit Molotow-Cocktails und angezündeten Fahrzeugen lieferten sie sich Auseinandersetzungen mit der Polizei. Teilweise griffen sie auch die Bewohner der benachbarten katholischen Viertel an, die ihrerseits Anhänger einer Vereinigung von Nordirland mit der Republik Irland sind.

Aufgrund des Brexits muss zwischen der EU und Großbritannien eine Zoll-Schranke eingeführt werden. Und das Brexit-Abkommen sieht vor, dass diese Zollschranke nicht zwischen der Republik Irland und Nordirland eingeführt wird, um die Insel nicht wieder zu zerreißen, sondern zwischen Nordirland und Großbritannien. Dagegen jedoch wehren sich die Unionisten lautstark, allen voran die derzeitige nordirische Premierministerin Arlene Foster. Denn für sie gibt es keinen schlimmeren Alptraum als eine mögliche Vereinigung mit der Republik Irland.

Seit dem 1. Januar haben Foster und ihre Anhänger daher Öl ins Feuer gegossen... bis es in den protestantischen Arbeitervierteln explodiert ist – dort, wo die Wirtschaftskrise die Jugend mit voller Wucht getroffen hat und es nur einen Funken für die Explosion brauchte. Die ehemaligen protestantischen Terroristen, die über ihre halb politischen, halb mafiösen Strukturen sehr großen Einfluss auf diese Jugendlichen haben, haben sicher auch eine Rolle gespielt.



Was in Nordirland gerade passiert, ist eine Folge der kurzsichtigen politischen Machtspiele des britischen Premierministers Johnson und seines Vorgängers Cameron, der sich verkalkuliert hatte, als er 2016 ein Referendum über den Austritt aus der EU organisierte. Seit der Brexit am Ende einer von fremdenfeindlicher Hetze geprägten Kampagne gesiegt hat, zeigen sich die schädlichen Nebenwirkungen auf das politische und soziale Leben des Landes inklusive Nordirlands.

Über diese jüngsten Ursachen hinaus sind die Spannungen auch die Frucht der Spaltungspolitik des britischen Imperialismus. Um den Unabhängigkeitskrieg des irischen Volkes für Großbritannien so kostengünstig wie möglich zu beenden, spaltete er 1922 die Insel nach das Motto „Teile und herrsche“ und behielt Nordirland im Königreich. Durch diese Teilung entstand ein Nordirland, in dem der Konflikt zwischen protestantischen Unionisten und Katholiken jedes Klassenbewusstsein überlagert, zum größten Nutzen der Bourgeoisie.

Heute reißt der Brexit die Wunden des latenten Bürgerkrieges wieder auf, der zwischen 1972 und 1998 wütete und mehr als 3.000 Opfer forderte: in Irland wie in Großbritannien, in den katholischen wie in den protestantischen Familien. Doch auch vor 23 Jahren geschlossene Friedensabkommen hat Nordirland nicht vor der Krise des Kapitalismus in Sicherheit gebracht. Es bleibt die ärmste Provinz Großbritanniens.

Für die Jugendlichen, die an den jüngsten Unruhen teilgenommen haben, war dies sicher auch ein Ventil für ihre Wut über den Mangel an Perspektiven in der heutigen Gesellschaft. Doch die Wut gegen den katholischen Bevölkerungsteil zu richten, deren Jugend genau in derselben sozialen Ausweglosigkeit steckt wie sie selbst, ist eine katastrophale Sackgasse.

Angesichts der Krise kann nur der Kampf der Arbeiterklasse gegen die Zwänge des Kapitalismus eine Perspektive eröffnen. Sich in nationalistischen oder religiösen Gemeinschaften abzuschotten, kann einen von diesem Kampf nur entfernen, der der Kampf aller Ausgebeuteten ist.

Tests an Schulen: Eine schlechte Farce

Die Art und Weise, wie die Schnelltests an den Schulen durchgeführt werden, ist unmöglich. Die Kinder müssen sich selber testen. Dabei wenden selbst ungeschulte Erwachsene die Selbsttests oft nicht richtig an, wodurch laut einer Studie der Charité ein Drittel der Infektionen nicht entdeckt wird. Mehr noch: Die Tests in der Schule finden im Klassenzimmer statt... wobei alle Kinder gleichzeitig die Maske abnehmen!

Tausende Lehrerinnen und Lehrer in NRW haben mit Schreiben an die Landesregierung gegen diese fahrlässige Vorgehensweise protestiert. Um ein Minimum an Sicherheit zu gewähren, müssten die Tests wie in jedem Testzentrum von geschultem Personal durchgeführt werden – in der Aula oder einem Pavillon auf dem Schulhof.
Personal hierfür zu finden und zu schulen wäre nicht schwer. Arbeitende aus den Branchen, die wegen der Pandemie brachliegen (aus Gastronomie, Kunst, Tourismus) sowie Studierende arbeiten ja auch in den Testzentren – warum also nicht in den Schulen?

Doch wie schon seit einem Jahr versucht die NRW-Landesregierung, die Schulen so billig wie möglich und vor allem ohne zusätzliches Personal durch die Pandemie zu treiben – auf dem Rücken der Kinder, Lehrkräfte und Familien.

Arbeitsbedingungen machen Corona-krank

Leiharbeiter*innen in der Industrie, der Logistik und der Paketzustellung erkranken 230 Prozent häufiger an einer schweren Corona-Infektion als der Durchschnitt der Bevölkerung – sogar noch häufiger als Alten- und Krankenpflegekräfte.

Die Gründe sind leider keine Überraschung: Oftmals miese Arbeitsbedingungen, bei denen der Gesundheitsschutz mit Füßen getreten wird; häufig Arbeiten in Kälte, Nässe oder Zugluft; überfüllte Umkleiden und Pausenräume; beengte Wohnverhältnisse; Vorerkrankungen durch die Arbeit und Armut...

Diese Ausbeutung ist schon immer krank – mit dem Virus zusammen ist sie lebensgefährlich!

Notbremse: Schlechte Komödie im Parlament – Drama in den Krankenhäusern

Man kann das Chaos um die „Corona-Notbremse“ kaum noch ertragen, all die Sonderwege und endlosen Diskussionen… während die Infektionszahlen steigen und sich die Intensivstationen füllen. Sicher, die nahenden Bundestagswahlen spielen dabei eine große Rolle. Jeder Kandidat will sich bei der Pandemie-Bekämpfung profilieren, allen voran die CDU-Rivalen Laschet und Söder.

Doch der tiefe Grund für ihre völlige Ohnmacht und ihre ans Absurde grenzenden Diskussionen ist ein anderer: Im Februar zeigte sich, dass der Lockdown, der sich ausschließlich auf Freizeit- und Privatleben sowie auf Schulen und Einzelhandel bezieht, an seine Grenzen kam; dass die Infektionszahlen nicht mehr weiter heruntergingen, während gleichzeitig die Impfungen nur im Schneckentempo vorankommen – trotz aller Versprechungen, ganz bald würde „die Impfkampagne an Fahrt aufnehmen“.

Um an dieser verfahrenen Lage wirklich etwas zu ändern, müssten die herrschenden Politiker an die Macht der Konzerne gehen. Sie müssten sofort die Patente für die Impfstoffe aufheben und Produktionsstätten für Impfstoffe beschlagnahmen, um sofort das Doppelte und Dreifache an Impfstoff herzustellen!
Um schnell und effektiv die Zahl der Infektionen zu senken, müssten sie die Kontakte nicht nur im Privatleben verhindern, sondern auch dort konsequente Einschränkungen durchsetzen, wo es täglich zu tausenden Kontakten kommt: auf den Arbeitswegen und der Arbeit.

Doch die Regierung war ja nicht einmal in der Lage, auch nur zwei zusätzliche arbeitsfreie Tage an Ostern durchzusetzen. Und selbst bei der Einführung verpflichtender Test-Angebote in den Betrieben hat sie zwei Monate gezögert.

Der Schutz der Interessen des Großkapitals hat für sie alle oberste Priorität – bei CDU, CSU, FDP und AfD sowieso, und ebenso bei SPD und Grünen. Also versuchen sie ihre Ohnmacht zu verschleiern und sich von den anderen Kandidaten abzugrenzen, indem sie umso heftiger über den Sinn oder Unsinn jeder einzelnen Maßnahme ihrer bisherigen Lockdowns streiten: über Ausgangssperren, Schul- und Geschäftsschließungen... während die Zahl der Kranken und Toten täglich steigt.

Afghanistan: Die Besatzer hinterlassen ein lebensgefährliches Trümmerfeld

US-Präsident Biden und die NATO planen, ihre Truppen bis September aus Afghanistan abzuziehen, in das sie nach den Anschlägen vom 11. September 2001 eingefallen waren. 20 Jahre lang haben die USA und ihre Verbündeten, darunter Deutschland, die Städte Afghanistans militärisch besetzt. Sie haben Militäreinsätze und Bombenangriffe im Hinterland geführt – alles angeblich mit dem Ziel, gegen den Terrorismus und das mittelalterliche Unterdrückerregime der Taliban zu kämpfen.



2020: US-Sondergesandter und Taliban-Chef einigen sich

In Wahrheit haben sie alles nur noch schlimmer gemacht. Auf dem Nährboden von Dauerkrieg und bitterster Armut haben sich so viele bewaffnete Kriegsbanden entwickelt wie noch nie und häufen sich Überfälle und Anschläge. Die einen sind mit den westlichen Besatzungsmächten verbündet, andere mit den Warlords, den Opiumschmugglern... oder den Taliban, die mittlerweile der Verhandlungspartner der USA geworden sind.

Die Bevölkerung, allen voran die Frauen und die Armen, sind die Hauptopfer dieser Entwicklung. Doch anders als die Truppen der imperialistischen Großmächte, die dieses Chaos und die Zerrüttung verursacht haben, können sie nicht einfach abziehen. Im Gegenteil: Deutschland und andere Staaten schieben sogar diejenigen, die dem Wahnsinn entfliehen konnten, teilweise wieder in die Hölle ab. Schließlich hätten die westlichen Truppen hier ja für „Sicherheit und Demokratie“ gesorgt!

Metall-Bosse nutzen Krise für Großangriff

Das Ergebnis der Tarifrunde in der Metall- und Elektroindustrie ist ein weiterer Angriff auf die Arbeitenden. Für sie gibt es zum zweiten, für viele sogar zum dritten Mal in Folge keine Lohnerhöhung. Und für 2022 gibt es eine komplizierte Regelung, bei der die Kapitalisten letztlich quasi nach Gutdünken entscheiden können, ob sie eine Lohnerhöhung zahlen oder nicht. Mehr noch: Zum ersten Mal in Deutschland wurde in einem Tarifvertrag die Regelung aufgenommen, dass die Unternehmen die Löhne sogar einseitig kürzen dürfen. Laut dem Unternehmerverband will gut ein Drittel der Metallbetriebe dieses Jahr von dieser Lohnkürzungsmöglichkeit Gebrauch machen.

Vor über hundert Jahren haben die Arbeitenden genau deshalb Tarifverträge erkämpft, damit nicht jeder Kapitalist machen kann, was er will. Durch die Tarifverträge schützten die Arbeitenden in den kampfstärkeren Betrieben ihre Kolleginnen und Kollegen, die in einer schwächeren Position waren. Sie sorgten dafür, dass in einer Branche die Arbeitenden aller Betriebe die gleichen Löhne und Arbeitszeiten bekamen. Denn gemeinsam ist das Kräfteverhältnis für sie viel besser als in einem Betrieb allein.

Viel ist hiervon schon lange nicht mehr übrig. Die Hälfte der Arbeitenden hat gar keinen Tarifvertrag mehr. Und mit diesem neuen Angriff bleibt von der ursprünglichen Idee des Tarifvertrags endgültig kaum noch etwas übrig. Der Tarifvertrag erlaubt nun offiziell jedem Kapitalisten, Löhne und Arbeitszeiten zu verschlechtern – während er gleichzeitig die Arbeitenden verpflichtet, für die Dauer des Tarifvertrags die „Friedenspflicht zu wahren“.

Während die Kapitalisten uns angreifen, sollen wir uns nicht einmal wehren, nicht einmal streiken dürfen? Nein! Wir haben weniger Grund denn je, sie in „Frieden" zu lassen.

Der Mietendeckel wird wieder aufgeklappt

Viele Mieter*innen in Berlin werden hunderte, manchmal tausende Euro an Miete nachzahlen müssen. Denn das Bundesverfassungsgericht hat den „Mietendeckel“ gekippt, mit dem die rot-rot-grüne Landesregierung in Berlin Höchstmieten festgelegt und so die explodierenden Mieten zumindest ein kleines bisschen begrenzt hatte. Das Urteil ist ein Geschenk für die Miethaie – und eine Katastrophe gerade für die ärmeren Mieter*innen in Berlin.



Tausende protestieren spontan nach der Verkündung des Gerichtsurteils

Während bei Corona jedes Bundesland quasi machen darf, was es will, erklärten die Richter hier, dass keine Landesregierung ihre eigenen Gesetze machen dürfe. Bei den Mieten gelten die Gesetze der Bundesregierung. Die CDU-geführte Bundesregierung jedoch hat deutlich erklärt, dass sie einen Mietendeckel auf keinen Fall einführen will. Gesetze, die Höchstmieten „diktieren“ würden, wären eine unerträgliche Belastung für die armen Immobilienkonzerne und Wohnungsgesellschaften. Dass aber jeder siebte Haushalt gezwungen wird, mehr als 40% seines Lohns für die Miete auszugeben, ist für sie wohl keine unerträgliche Belastung.

Arbeitsarmut

Jeder vierte Vollzeitbeschäftigte verdient heute so wenig, dass er im Alter weniger als 1.100 Euro Rente haben wird – selbst dann, wenn er 45 Jahre malocht hat! Hinzu kommen die Millionen Beschäftigten, die Teilzeit arbeiten müssen oder zwischendurch arbeitslos werden... ganz zu schweigen von all denen, deren Gesundheit nicht bis zum Alter von 65 oder gar 67 Jahren mitspielt. Stand heute wird damit die Hälfte aller Arbeitenden nur noch eine Armutsrente bekommen. Eine Schande!
Dagegen helfen nur deutlich höhere Löhne – und eine frühere Rente.

USA: Eine Gewerkschaft zu gründen bleibt ein Kampf

Arbeitende in einem Amazon-Lager in den USA haben versucht, eine Gewerkschaftsvertretung zu gründen. In den USA muss hierfür zunächst ein Teil der Arbeiter unterschreiben, dass sie eine Gewerkschaft in ihrem Betrieb wollen. Gut 3.000 der 5.800 Arbeiter*innen des Lagers in Alabama haben dies vor einem halben Jahr gemacht.
Doch selbst das reicht noch nicht. Die Regierung muss die Gewerkschaftsvertretung dann noch genehmigen! Das dauert Monate, und am Ende muss noch einmal eine Abstimmung im Betrieb durchgeführt werden.

Dank dieser arbeiterfeindlichen Gesetze hatten die Amazon-Manager ein halbes Jahr Zeit, um diese Abstimmung zu beeinflussen. Eine Reihe Arbeiter wurden entlassen. Alle anderen standen monatelang unter Dauer-Propaganda: Mit Plakaten, täglichen SMS und bei regelmäßigen Zwangsversammlungen wurde ihnen mit schlechteren Löhnen und sogar mit der Schließung des Lagers gedroht, sollte die Abstimmung zugunsten der Gewerkschaft ausgehen. Auch die örtlichen Behörden halfen mit und verlängerten zum Beispiel die Grünphase der Ampel in der Nähe des Werks, damit Gewerkschaftsaktivisten dort möglichst keine Flugblätter an Amazon-Arbeiter*innen verteilen konnten.

Mit solchen Methoden hat Amazon am Ende die Gewerkschaftsgründung verhindert. Für dieses Mal. Denn der massive Arbeitsdruck, die unerträgliche Überwachung und die niedrigen Löhne werden dafür sorgen, dass Arbeitende sich organisieren und wehren – mit oder ohne Gewerkschaft.

Kontogebühren:

Den Armen nehmen...

Viele Banken haben in den letzten Monaten ihre Gebühren für EC-Karte und Girokonto um bis zu 20% erhöht. Einfach nur dafür, dass man ein Konto hat, zahlt man nicht selten 5 Euro im Monat. Für eine Alleinerziehende oder Rentnerin, die auf Grundsicherung angewiesen ist, sind dies nicht selten 5 Euro, die sie eigentlich für ein Mittagessen braucht.
Wer allerdings mehrere tausend Euro im Monat zur Verfügung hat oder Aktiendepots hält, bekommt Konto und Karten meist weiterhin gratis.
Die Banken zocken also genau diejenigen ab, die am wenigsten haben. Da bekommt das Wort Bankräuber eine wahre Bedeutung.

Uniklinik Münster:

Redeverbot über die dramatische Unterbesetzung

Ein Intensivpfleger der Uniklinik Münster ist gekündigt worden, weil er im WDR berichtet hat, welche Folgen die dramatische Unterbesetzung für die Gesundheit der Patienten und der Pflegekräfte hat. Er wurde vom WDR eingeladen, weil er und andere Pflegekräfte der Uniklinik Münster sich seit dem Herbst über WhatsApp organisiert haben: Sie versuchen, mit Offenen Briefen, Videos und einer Weigerung, im Frei einzuspringen, für mehr Personal und feste Besetzungsschlüssel auf den Intensivstationen zu sorgen.
Mit ihm ist schon wieder ein Beschäftigter gekündigt worden, weil er öffentlich die Wahrheit über die unerträglichen Zustände in den Krankenhäusern gesagt hat und sich dagegen wehrt. Diese Kündigungen sollen letztlich alle einschüchtern!
In einem ähnlichen Fall bei Asklepios in Hamburg hat vor wenigen Monaten eine breite Welle der Solidarität dafür gesorgt, dass die Kündigung einer Pflegekraft wieder zurückgezogen wurde. Dieselbe Unterstützung brauchen nun die Arbeitenden der Uniklinik Münster!

Wollen Sie uns erreichen?

DAS ROTE TUCH -
Postfach 10 08 02 - 45008 Essen
E-Mail: das-rote-tuch@gmx.de
Telefon: 0151-55570980
www.bund-revolutionaerer-arbeiter.org

Das Rote Tuch kann man auch abonnieren: für 13 € pro Jahr!